

MEINUNG • Netanyahus Einfluss in Yad Vashem



## **+ Warum der Jubel zu früh kommt**

Ein Gastbeitrag von Meron Mendel

Deutschland fühlt sich geehrt. In München und Leipzig sollen Außenstellen der Holocaustgedenkstätte Yad Vashem eröffnen. Doch dabei wird Entscheidendes ignoriert – und genau darüber müssen wir jetzt sprechen.


30.05.2026, 06.45 Uhr



SPIEGEL bei Google bevorzugen



Israels Premier Benjamin Netanyahu: Wollte Extremist als Direktor von Yad Vashem Foto: Abir Sultan / AP

Beginnen wir mit einer guten Nachricht. Es gibt doch ein Thema, bei dem sich alle Parteien von der Linken bis zur AfD einig sind. Es geht um die begeisterte Zustimmung zur Gründung von zwei Ablegern der israelischen Holocaustgedenkstätte Yad Vashem in Deutschland. Diese Woche wurde bekannt gegeben, dass der Zuschlag an München und Leipzig geht . Im Sächsischen Landtag etwa sprachen sich bereits im Februar alle Fraktionen für die Bewerbung Leipzigs aus. Seit Bekanntwerden der geplanten Standorte feiern die Gewinner ihren Erfolg. Für Markus Söder (CSU) ist die Entscheidung für Bayern eine Ehre, ebenso wie für Sachsens Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU), der sogar von »einer großen Ehre und zugleich Verpflichtung« sprach.

Die Idee für die Außenstellen entstand noch während der Amtszeit von Bundeskanzler Olaf Scholz und wurde im aktuellen Koalitionsvertrag festgeschrieben. Dort heißt es, die Initiative würde »ein Zeichen gegen Holocaustrelativierung setzen und den Kampf gegen Antisemitismus stärken«. Auf einer Pressekonferenz im vergangenen September erklärte der israelische Vorsitzende von Yad Vashem, Dani Dayan, gemeinsam mit Familienministerin Karin Prien (CDU): »Wenn wir ins Land der Täter gehen, hat das eine besondere Bedeutung«.

Man will den selten gewordenen Konsens in der Politik nur ungern mit lästigen Bedenken stören. Gewiss gibt es auch gute Gründe, die für die Initiative sprechen. Sei es ihre symbolische Bedeutung oder die nachweisliche Expertise von Yad Vashem im Bereich der Holocaustvermittlung. Doch man sollte spätestens jetzt auch unbequeme Fragen zur Projektarchitektur stellen. Im Vordergrund steht dabei die Frage, welchen Einfluss die israelische Regierung, die aktuell von Rechtsradikalen dominiert wird, auf die pädagogische Arbeit der Außenstellen haben könnte.

### Zum Autor

---

**Meron Mendel**, Jahrgang 1976, ist Professor für Soziale Arbeit und seit 2010 Direktor der Bildungsstätte Anne Frank. Zuletzt erschienen von ihm »Über Israel reden« und »Muslimisch jüdisches Abendbrot«.


Direktor von Yad Vashem Dani Dayan: Hardliner und ehemaliger Cheflobbyist der Siedlerbewegung Foto: Lev Radin / Pacific Press / picture alliance

In Deutschland ist die falsche Vorstellung verbreitet, Yad Vashem sei eine neutrale, unabhängige Einrichtung. Laut dem israelischen »Yad-Vashem-Gesetz« ist die Gedenkstätte jedoch direkt der Regierung unterstellt und hat den Auftrag, das offizielle staatliche Narrativ über die Geschichte zu vermitteln. Der Vorsitzende wird direkt vom Ministerpräsidenten ernannt. Es ist daher kein Zufall, dass der amtierende Vorsitzende Dani Dayan ein Hardliner ist, der jahrelang als Cheflobbyist der Siedlerbewegung arbeitete. Dayan galt 2021 bei seiner Nominierung als die »gemäßigte« Option, denn eigentlich wollte Ministerpräsident Benjamin Netanyahu damals den ausgewiesenen Rechtsradikalen Ephraim Eitam für dieses Amt berufen. In der gegenwärtigen politischen Realität ist es nicht unwahrscheinlich, dass die Auswahl von Dayans Nachfolger noch radikaler ausfallen wird.

## ***Die Regierung in Jerusalem bewies immer wieder, dass sie keine Hemmungen hat, sich einzumischen.***

Diese Realität, der sich Deutschland bewusst sein muss, ist auch deswegen brisant, weil Netanyahu seit Jahren geschichtsrevisionistische Thesen vertritt. 2015 gab er in einer Rede vor dem World Zionist Congress den Palästinensern indirekt eine Mitschuld am Holocaust, indem er insinuierte, der Großmufti von Jerusalem, Amin al-Husseini, habe Hitler auf die Idee der sogenannten Endlösung gebracht. Bei einem Treffen im Jahr 1941 habe der Mufti auf Hitlers Frage »Was soll ich also mit den Juden machen?« angeblich geantwortet: »Verbrennen Sie sie.« Ein Dialog, der sich in keiner historischen Quelle findet.

Die Befürchtung, dass eine israelische Regierung die Yad-Vashem-Außenstellen in München und Leipzig dafür nutzen wird, solche Thesen in Deutschland zu verbreiten, ist daher nicht unbegründet. Die Regierung in Jerusalem bewies in der Vergangenheit immer wieder, dass sie keine Hemmungen hat, sich in die deutsche Erinnerungskultur einzumischen, um ihre Interessen durchzusetzen. Schon 2018 drängte Netanyahu die Bundesregierung zur Kürzung der Fördermittel für das Jüdische Museum Berlin und andere aus Sicht seiner Regierung missliebige Einrichtungen.

Im vergangenen Jahr wurde auf Intervention des israelischen Botschafters in Berlin, Ron Prosor, die Rede des deutsch-israelischen Philosophen Omri Boehm bei der Gedenkfeier zur Befreiung des KZ Buchenwald abgesagt. Ausgerechnet am 9. November des vergangenen Jahres erklärte Prosor gar, die größte Gefahr für Juden in Deutschland gehe von links aus. Passend dazu lud die israelische Regierung Anfang des Jahres zu einer »Antisemitismus-Konferenz«  nach Jerusalem ein. Auf der Rednerliste fand sich das Who's who der rechtsradikalen Szene Europas und Amerikas.

Aktuell wird in Deutschland heftig über die Frage debattiert, wo die Grenze zwischen legitimer Kritik an Israel und Antisemitismus verläuft. Dass die aktuelle israelische Regierung ein Interesse daran hat, jede Form der Kritik – sei es an ihrer Kriegsführung in Gaza oder am Siedlungsbau –

**Mehr zum Thema**

als antisemitisch zu brandmarken, ist ein offenes Geheimnis.

Es ist ebenfalls eine Tatsache, dass dabei der Holocaust immer wieder instrumentalisiert wird. Erst im vergangenen Monat wütete der israelische Finanzminister Bezale Smotrich gegen den deutschen Bundeskanzler, nachdem Merz die Siedlungspolitik kritisiert hatte. Smotrich behauptete, Merz wolle den Juden vorschreiben, »wo sie leben dürften« und verglich seine Äußerungen mit »Zeiten, in denen Deutsche Juden in Ghettos zwangen«.

All dies bedeutet nicht zwangsläufig, dass Yad Vashem keinen Platz in der zukünftigen Gedenklandschaft der Bundesrepublik bekommen sollte. Es liegt jedoch in der Verantwortung der Initiatoren, zu garantieren, dass diese Orte nicht politisch instrumentalisiert werden. So könnte man den Auftrag der Außenstellen auf die Vermittlung der NS-Vergangenheit klar begrenzen, um Einflussversuche auf tagespolitische Themen zu verhindern. Eine andere Möglichkeit wäre die Einbettung der Außenstellen in bereits bestehende und erfahrene Einrichtungen mit dem Schwerpunkt Holocaustvermittlung, wie das NS-Dokumentationszentrum in München.

Es würde aber zunächst reichen, eine offene und kritische Debatte zu führen, damit wir nicht in einigen Jahren vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Und es gäbe auch noch die denkbare Option, sich beim Import aus Israel auf Avocados und Raketenabwehrsysteme zu beschränken. Und bei Gedenkstätten lieber auf Eigenproduktion zu setzen. **S**

**+** Erste Außenstellen außerhalb von Israel: Holocaustgedenkstätte Yad Vashem expandiert nach Sachsen und Bayern Von Steffen Winter

---

[Startseite](#)[Artikel verschenken](#)[Feedback](#)